

Der Entzug der Fahrerlaubnis

Kommt es zu einem größeren Verkehrsverstoß, droht nicht selten die Verhängung eines Fahrverbots oder sogar der Entzug der Fahrerlaubnis (vgl. zu ersterem weiterführend den Rechtstipp „*Das Fahrverbot*“). Beides ist strikt voneinander zu unterscheiden, da schon die damit jeweils verbundenen Folgen abweichend sind.

Wann droht überhaupt die Entziehung der Fahrerlaubnis?

Liegt eine **Verkehrsstraftat** vor, so kann das erkennende Strafgericht dem Täter neben der Verhängung einer Geld- oder Haftstrafe etwaig auch die Fahrerlaubnis entziehen. Denn der Entzug der Fahrerlaubnis gehört zu den Maßregeln der Besserung und Sicherung und ist in den §§ 69, 69 b StGB geregelt. Er dient dazu, ungeeignete Kraftfahrer vom Verkehr auszuschließen.

Nach der Regelung in § 69 I 1 StGB ist dem Angeklagten dann die Fahrerlaubnis zu entziehen, wenn sich aus der begangenen Straftat ergibt, dass der Angeklagte *zum Führen von Kraftfahrzeugen (Kfz) ungeeignet* ist.

Zum Führen eines Kfz ist ungeeignet, wer auf Grund körperlicher oder geistiger Mängel nicht imstande ist ein Kfz technisch sicher zu führen oder wem die erforderliche charakterliche Zuverlässigkeit fehlt. Es kommt also darauf an, ob der Angeklagte durch die Tat gezeigt hat, dass er nicht gewillt und fähig ist, den besonderen Gefahren zu begegnen, die sich aus dem Führen eines Kfz im Straßenverkehr für ihn und die Allgemeinheit ergeben.

Das Gesetz sieht in § 69 II Nr. 1 – 4 StGB vier *sog. Regelfälle* vor, in denen die mangelnde Eignung zum Führen eines Kfz grundsätzlich vermutet wird. Es handelt sich dabei um besonders schwerwiegende Straftaten im Zusammenhang mit dem Führen eines Kfz; im Einzelnen:

- ▶ Gefährdung des Straßenverkehrs iSd. § 315 c StGB
- ▶ Trunkenheit im Verkehr iSd. § 316 StGB
- ▶ Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort iSd. § 142 StGB, obwohl der Täter weiß oder wissen kann, dass bei dem Unfall ein Mensch getötet oder nicht unerheblich verletzt worden oder an fremden Sachen bedeutender Schaden entstanden ist
- ▶ Vollrausch iSd. § 323 a StGB, der sich auf eine der obigen Taten bezieht

Aber nicht nur das Strafgericht kann eine Fahrerlaubnis entziehen; ein Entzug kommt vielmehr auch durch die **Verwaltungsbehörde** in Betracht, wenn diese von Mängeln eines Fahrerlaubnisinhabers Kenntnis erlangt hat.

Diese ist nämlich verpflichtet, die Fahrerlaubnis zu entziehen, wenn sich der Inhaber als ungeeignet zum Führen von Kfz erweist, weil er körperliche, geistige oder charakterliche Mängel hat. Das gleiche gilt, wenn erwiesen ist, dass der Inhaber der

Fahrerlaubnis nicht – mehr – imstande ist, ein Kfz im öffentlichen Straßenverkehr sicher zu führen.

Um die Ungeeignetheit im Einzelfall festzustellen, stellt die zuständige Verwaltungsbehörde Ermittlungen an und verlangt – falls notwendig – vom Betroffenen die Vorlage eines Gutachtens von einem Amts- oder Facharzt. Auch verlangt werden kann das Gutachten eines Führerscheinprüfers oder einer amtlich anerkannten Begutachtungsstelle für Fahreignung – sog. medizinisch-psychologisches Gutachten (MPU oder auch „**Idiotentest**“ genannt). Auftraggeber und auch Kostenschuldner für solche Gutachten ist stets der betroffene Fahrerlaubnisbewerber oder –inhaber selbst.

Nach Vorlage des bzw. der Gutachten wird die Verwaltungsbehörde eine Entscheidung treffen. Sie kann dem Betroffenen entweder die Fahrerlaubnis entziehen oder auch dessen uneingeschränkte Tauglichkeit feststellen. Stellt sie fest, dass der Betroffene nur bedingt zum Führen von Kfz geeignet ist, hat sie weiter zu prüfen, ob diesem die Fahrerlaubnis nicht unter bestimmten Beschränkungen oder Auflagen belassen werden kann. So kann etwa das Tragen einer Brille angeordnet werden.

Auf den Erhalt einer Aufforderung zur Beibringung eines derartigen Gutachtens sollten die geforderten Untersuchungen durchgeführt werden. Denn sofern ein entsprechendes Gutachten nicht vorgelegt wird, darf die Behörde bei ihrer Entscheidung auf die Nichteignung des Betroffenen schließen.

Auch ist diese Anordnung nicht anfechtbar, da es sich um keine selbstständige Maßnahme und damit keinen Verwaltungsakt handelt. Im Rahmen eines etwaig nachfolgenden Verwaltungsrechtsstreits gegen die endgültige Entziehung der Fahrerlaubnis oder die Anordnung von Auflagen wird dann aber auch geprüft, ob die Begutachtung tatsächlich angeordnet werden durfte.

Welche Folgen zieht der Entzug der Fahrerlaubnis nach sich?

Wird dem Betroffenen die Fahrerlaubnis entzogen, hat dies zur Folge, dass er nach der Rechtskraft der Entscheidung keine führerscheinpflichtigen Kraftfahrzeuge mehr führen darf. Hierzu zählen auch Mofas, die ebenso als Kfz anzusehen sind. Und auch mit einem ausländischen Führerschein darf ein solches nicht mehr geführt werden.

Mittels der **sog. Sperrfrist** wird zudem festgelegt, dass der Betroffene erst nach einem gewissen Zeitraum wieder eine Fahrerlaubnis bei der zuständigen Verwaltungsbehörde beantragen darf. Dabei handelt es sich dann um eine neue Fahrerlaubnis, denn die alte ist mit der Rechtskraft der Entscheidung erloschen.

Gegen die entgültige Entscheidung über den Entzug der Fahrerlaubnis oder die Anordnung von Beschränkungen bzw. Auflagen ist Widerspruch zur nächsthöheren Behörde statthaft. Hat dieser keinen Erfolg, besteht weiterhin die Möglichkeit der Klage vor dem Verwaltungsgericht (VG). Es empfiehlt sich hierzu jedenfalls die Inanspruchnahme einer anwaltlichen Beratung.

Welchen Inhalt genau regelt die sog. Sperrfrist?

Zusammen mit der Entscheidung über die Entziehung der Fahrerlaubnis wird festgelegt, wie lange dem Betroffenen durch die Verwaltungsbehörde keine neue Fahrerlaubnis erteilt werden darf. Diesen Zeitraum nennt man die sog. Sperrfrist. Sie kann grundsätzlich eine **Dauer von 6 Monaten bis zu 5 Jahren** haben; ausnahmsweise auch für immer, wenn sonst vom Betroffenen eine besonders große Gefahr drohen würde. Wurde gegen den Täter in den letzten 3 Jahren vor der Tat schon einmal eine Sperre angeordnet – handelt es sich also um einen Wiederholungstäter -, so ist das Mindestmaß gem. § 69 a III StGB erhöht auf ein Jahr.

Eine einmal verhängte Sperrfrist kann gem. § 69 a VII StGB nachträglich noch verkürzt werden, wenn sich auf Grund neuer Tatsachen, die zum Zeitpunkt der Verurteilung noch nicht vorgelegen haben, herausgestellt hat, dass der Betroffene zum Führen eines Kfz nicht mehr ungeeignet ist. Insoweit wird jedoch vorausgesetzt, dass die ursprüngliche Sperre mindestens 3 Monate bzw. 1 Jahr bei Wiederholungstätern bestanden hat.

Hierbei kann helfen, wenn der Betroffene einen sog. Nachschulungskurs oder ein Aufbauseminar besucht. Zusammen mit der dort ausgehändigten Teilnahmebescheinigung hat er dann einen Antrag auf Verkürzung der Sperrfrist zu stellen. Es ist zu empfehlen, sich bei dem jeweiligen Gericht zu informieren, ob durch die Teilnahme an einer solchen Nachschulung für alkoholauffällige Kraftfahrer eine Abkürzung der Sperrfrist in Betracht kommt, wenngleich das Gericht keine bindende Entscheidung hierzu fällen wird. Viele Gerichte verlangen zusätzlich noch weitere Umstände, um eine solche Maßnahme zu rechtfertigen.

Hat der Angeklagte an einem solchen Nachschulungskurs oder Aufbauseminar unmittelbar nach der Tat und noch vor der Hauptverhandlung teilgenommen, so ist dies nach der Wertung des Gesetzes zu Gunsten des Angeklagten zu werten und u.U. von vornherein eine kürzere Sperrfrist zu verhängen.

Wurde der Führerschein des Betroffenen bereits unmittelbar nach der Tat sichergestellt bzw. beschlagnahmt oder die Fahrerlaubnis gem. § 111 a StPO vorläufig entzogen, verkürzt sich das Mindestmaß der Sperre nach § 69 a IV StGB um die Zeit, in der die Sicherstellung, Beschlagnahme oder vorläufige Entziehung wirksam war.

Hatte hingegen der Betroffene etwa bei Begehung einer Verkehrsstraftat überhaupt keine Fahrerlaubnis, so ist gem. § 69 a I 3 StGB – ohne die Entziehung dieser – nur eine sog. Sperrfrist festzulegen.

Sind Ausnahmen von der Sperre möglich?

Von der Sperre für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis kann das Gericht nach § 69 a II StGB ausnahmsweise dann bestimmte Arten von Kfz ausnehmen, wenn dafür besondere Umstände vorliegen. In der Praxis hat dies beispielsweise bei Landwirten Bedeutung, bei denen dann die Neuerteilung einer sog. beschränkten Fahrerlaubnis – etwa für Zugmaschinen - von der Sperre ausgenommen wird.

Was gilt für die Wiedererlangung der Fahrerlaubnis?

Für die anschließende Neuerteilung einer Fahrerlaubnis gelten grundsätzlich die Regelungen zur Erserteilung einer Fahrerlaubnis zum jeweils dann aktuell geltenden Recht.

Ob die Voraussetzungen einer Neuerteilung vorliegen, prüft die jeweilige Führerscheinstelle als die zuständige Verwaltungsbehörde. Dabei ist für die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis zwar grundsätzlich auch die Ablegung einer erneuten Prüfung erforderlich; auf eine solche wird in der Praxis jedoch häufig verzichtet, wenn keine Tatsachen vorliegen, die darauf hinweisen, dass der Bewerber die notwendigen Kenntnisse nicht mehr hat. War aber die Fahrerlaubnis **länger als zwei Jahre entzogen**, muss eine theoretische und praktische Prüfung erneut abgelegt werden.

Wegen der langen Bearbeitungszeiten bei der Neuerteilung sollte der **Antrag auf Wiedererteilung** der Fahrerlaubnis bereits zwei bis drei Monate vor Ablauf der Sperrfrist eingereicht werden. Unter Umständen ist auch noch die Durchführung einer medizinisch-psychischen Untersuchung (MPU) erforderlich, welche die Verwaltungsbehörde verlangen kann.

Die maßgeblichen Vorschriften für die Entziehung der Fahrerlaubnis sind die der §§ 69 I, 69 a I StGB sowie die des § 111 a I, II StPO – deren Wortlaut ist wie folgt:

§ 69 I StGB

Wird jemand wegen einer rechtswidrigen Tat, die er bei oder im Zusammenhang mit dem Führen eines Kraftfahrzeugs oder unter Verletzung der Pflichten eines Kraftfahrzeugführers begangen hat, verurteilt oder nur deshalb nicht verurteilt, weil seine Schuldunfähigkeit erwiesen oder nicht auszuschließen ist, so entzieht ihm das Gericht die Fahrerlaubnis, wenn sich aus der Tat ergibt, dass er zum Führen von Kraftfahrzeugen ungeeignet ist. Einer weiteren Prüfung nach § 62 bedarf es nicht.

§ 69 a I StGB

Entzieht das Gericht die Fahrerlaubnis, so bestimmt es zugleich, dass für die Dauer von sechs Monaten bis zu fünf Jahren keine neue Fahrerlaubnis erteilt werden darf (Sperrfrist). Die Sperrfrist kann für immer angeordnet werden, wenn zu erwarten ist, dass die gesetzliche Höchstfrist zur Abwehr der von dem Täter drohenden Gefahr nicht ausreicht. Hat der Täter keine Fahrerlaubnis, so wird nur die Sperrfrist angeordnet.

§ 111 a I, II StPO

(1) Sind dringende Gründe für die Annahme vorhanden, dass die Fahrerlaubnis entzogen werden wird (§ 69 des Strafgesetzbuches), so kann der Richter dem Beschuldigten durch Beschluss die Fahrerlaubnis vorläufig entziehen. Von der vorläufigen Entziehung können bestimmte Arten von Kraftfahrzeugen ausgenommen werden, wenn besondere Umstände die Annahme rechtfertigen, dass der Zweck der Maßnahme dadurch nicht gefährdet wird.

(2) Die vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis ist aufzuheben, wenn ihr Grund weggefallen ist oder wenn das Gericht im Urteil die Fahrerlaubnis nicht entzieht.